

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241  
Zur für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

In Dresden bei täglich zweimaliger Zeitung monatlich M. 2.-, über durch die Post bei täglich zweimaligen Versand monatlich M. 2.50.  
Die 10pallige 33 mm breite Zeile M. 7.-, außerhalb Sachsens M. 8.-, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsanzeigen, 10pallige Zeile und Beilagen die Zeile M. 5.-, Bergungspläne laut Tarif, Auswärtige Postgebühren gegen Vorauszahlung, Einzelnummer M. 2.-, Sonntagsausgabe M. 2.50

Verantwortung und Schriftleitung:  
Verantwortung: 33/40.  
Druck u. Verlag von Heyß & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangt Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Georgenfeld-Zinnwald (Sachsen)

Bahnhof: Geising-Altendorf  
Kipdorf: Staatl. Kraftwagenlinie Georgenfeld

In wundervoller Höhenlage von 900 m mit unvergleichlich schönem Fernblick auf die Sächsische Schweiz, das Riesengebirge und den Milleschauer

# Sporthotel Lugsteinhof

O. Zimens

Sonnabends: Reunion — Sonntags: Künstler-Kapelle

## Georgenfeld-Zinnwald (Sachsen)

Telegr.-Adr.: Lugsteinhof Zinnwald (Sachsen)  
Fernsprecher: Lauenstein 59

Behagliche, vornehme Räume, Erstkl. Verpflegung Solide Preise, Pension: Zimmer einschl. reichlicher erstkl. Verpflegung 250 A., ohne Verpflegung 75 A.

## Die Währungskatastrophe in Mitteleuropa.

### England und der Sturz der Mark.

Im Oktober kommt Hilfe zu spät.  
(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
London, 7. Juli. Ein Berliner Bericht des „Telegraph“ teilt folgendes mit: Die Marksaluta habe den Gefahrenpunkt erreicht und im Oktober wäre es bereits zu spät für eine Aktion der Alliierten in der Richtung auf eine Stabilisierung. Deshalb sei nunmehr wenigstens eine kleine Anleihe oder ein kurzer Ausfall für weitere Zahlungen ratsam; denn die Zahlung von monatlichen Raten führe unbedingt zu einer weiteren Steigerung der Inflation, während andererseits in Anbetracht des dem Voranschlag übersteigenden Ertrags der Steuern eine Bilanzierung des inneren Reichsbudgets möglich erscheine. Bemerkenswert ist auch, daß der Bericht als Argument hinzusetzt, die Konfurrenz Deutschlands als Unterlieger auf dem Weltmarkt sei jetzt wesentlich vermindert.

London, 7. Juli. (Meuter.) Beim Empfang einer Abordnung von Baumwollspinnern äußerte Lloyd George schwere Besorgnisse wegen des Marksturzes in Deutschland. Da die deutschen Arbeiter um 50 Prozent geringere Löhne erhalten als die englischen, seien gesetzliche Maßnahmen in Großbritannien gegen diesen verhängnisvollen Wettbewerb notwendig. (W. T. B.)

### Deutsche Geldwertseine zu 20 000 und 50 000 Mark.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Berlin, 7. Juli. Wie wir erfahren, beschäftigt die Reichsbank die Herausgabe von Geldwertseinen zu 20 000 und 50 000 M. Mit der Vorbereitung der Verteilung dieser Wertseine ist bereits begonnen.

### Weitere Erhöhung der Postgebühren in Aussicht.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Berlin, 7. Juli. Eine neue Erhöhung der Postgebühren dürfte schon heute als völlig unvermeidlich angesehen werden. Obwohl eine Erhöhung der Gebühren erst am 1. Juli in Kraft getreten ist, zeigt sich doch jetzt schon, daß diese letzte Erhöhung bei weitem nicht ausreicht, den Postetat ins Gleichgewicht zu bringen, wie es von der Postverwaltung verlangt wird. Es steht fest, daß sich für das laufende Rechnungsjahr bei der Reichspostverwaltung ein Fehlbetrag von mindestens 11 Milliarden Mark ergeben wird. Ein solcher Fehlbetrag kann nicht ohne weiteres gedeckt werden. Wie wir hören, wird das Reichspostamt sich bereits in aller nächster Zeit mit der erforderlichen Erhöhung der Postgebühren zu befassen haben. Der unabhängige Postgebührenausschuss des Reichstags wird aller Voraussicht nach während der Sommerpause zur Beschlußfassung über die zu erwartenden Vorlagen einberufen werden.

### Dor einer neuen Teuerungsaktion der Beamten.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Berlin, 7. Juli. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, sind die Spitzenorganisationen der Beamenschaft am Donnerstag aufnahmefreudig, um zur Frage einer Teuerungsaktion Stellung zu nehmen. Zwar sind die letzten Erhöhungen der Teuerungsauslässe noch nicht einmal zur Auszahlung gelangt, aber die ungeheure wachsende Teuerung läßt die Forderungen der Beamten von vorn-

berlein als begründet erscheinen. Die Reichsregierung dürfte zweifellos bereit sein, den Forderungen der Beamenschaft Rechnung zu tragen.

### Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Juni.

Berlin, 7. Juli. Die nach den Erhebungen des statistischen Reichsamtes über den Aufwand der Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Indexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Juni auf 379 geiegen gegenüber 362 im Monat Mai. Die Steigerung beträgt danach 9,2 Prozent gegen 9 Prozent vom April zum Mai. Die Ernährungskosten haben sich in ungefähr gleicher Maße, wie die Gesamtausgaben erhöht, nämlich um 9,1 Prozent. Die Indexziffer für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juni auf 5119. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist hauptsächlich durch wesentliche Preissteigerungen für Rohmittel wie Fleisch, Butter, Eier und Milch verursacht. Auch Brennstoffe, sowie Gas und Elektrizität sind überall teurer geworden. Andererseits haben sich die in den Vormonaten besonders stark im Preise gestiegenen Kartoffeln, die Ernte in der Berichtzeit überall wesentlich vermindert. Die erhebliche Preissteigerung infolge der neuen Salzwasser-Versteuerung kommt in der Indexziffer für Juni noch nicht zum Ausdruck. In den mittleren und kleineren Städten zeigt sich diesmal ein stärkerer Fortschritt der Teuerung als in den Großstädten. (W. T. B.)

### Panik an der Wiener Börse.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Wien, 7. Juli. Die Devisenkaufe hat nach einer kurzen Umkehrung heute ihre Fortsetzung gefunden. Im Zusammenhang mit Berlin erreichten die fremden Zahlungsmittel Kurse, wie sie bisher in Wien nicht zu verzeichnen waren. Mittags notierten Tschechoskone 485, Ungarische Kronen 1770, Polnische Mark 417, der Dollar 23 500, Französische Franken 1810 (für einen Franken), Schweizer Franken 4900 und Reichsmark 44%. Die Reserven sind dieser Tatsache machtlos gegenüber. Eine Bankpanik, soll neue Maßnahmen beschließen. An der Börse waren Gerüchte verbreitet, daß der Devisenhandel überhaupt verboten würde. Die ungewöhnlichen Steigerungen wirkten sowohl bei den Käufern als auch bei den Verkäufern eine Panik.

### Ungarische Regierung streift wegen der Lebensmittelteuerung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Budapest, 7. Juli. Wegen der großen Lebensmittelteuerung droht eine Regierungskrise. Der Finanzminister hat seine Demission angeboten, wenn ihm nicht das Bodensteuergesetz bewilligt werde.

### 400 Milliarden Defizit in Polen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Warschau, 7. Juli. Im Parlament sprachen der Führer der Volkspartei, der frühere Ministerpräsident Witos, in sehr scharfer Weise über die Parteizwistigkeiten. Es gebe nur eine Lösung: Eine Einigung zwischen der Linken und der Rechten müsse herbeigeführt werden. Dagegen erhob sich hitziger Widerspruch aus der Rechten. Der Finanzminister hat mitgeteilt, daß das Defizit dieses Jahres tatsächlich 400 Milliarden betrage, und daß zu seiner Deckung eine Erhöhung der Einkommenssteuer und der Eisenbahntaxe erfolgen müsse. Eine Auslandsanleihe könne Polen nicht bekommen.

## Der Buchdruckerstreik und seine Folgen.

Berlin, 7. Juli. Der auf der Leipziger Gewerkschaftsversammlung der Buchdrucker gestellte Antrag, eine Sympathie-Erklärung für die Berliner Buchdrucker abzugeben und die von ihnen angeforderten Lohnforderungen auf das ganze Reich in Anwendung zu bringen, ist in dieser Form nicht angenommen worden. Es wurde lediglich den Berliner Kollegen Sympathie ausgesprochen, im übrigen aber beschlossen, die zurzeit in Berlin stattfindenden Verhandlungen nicht zu durchbrechen. Unabhängig hiervon haben aber die Münchener Buchdrucker bereits die Forderungen der Berliner Buchdrucker sich zu eigen gemacht. Ob es dort ebenfalls zu einem Streik kommen wird, steht noch nicht fest. Auch von Seiten des Deutschen Verlegerverbandes ist den Streikenden die Unterstützung mit allen Mitteln zugesichert worden, allerdings hat man von einem Solidaritätsstreik der Verleger zunächst noch abgesehen. — Nach Mitteilung von unrichtiger Seite sollen die Wertzeichenbestände der Reichsdruckerei doch nicht in so ausserordentlichem Maße vorhanden sein, wie die Reichsdruckerei erst noch geltend erklärte. Bisher allerdings habe die Reichsdruckerei noch allen Anforderungen der Reichsbank, den die Verteilung der Noten obliegt, voll entsprechen können; dagegen sollen die Vorräte an Postwertzeichen, wenigstens in den gangbarsten Werten, nur noch bis zur Mitte der kommenden Woche ausreichen. In einer ähnlichen Lage befindet sich die Berliner Straßenbahn, die täglich einen Bedarf von 1 1/2 Millionen Fahrkarten hat und deren Vorräte ebenfalls nur noch bis zur nächsten Woche den Anforderungen genügen dürften.

### Gescheiterter Vermittlungsversuch des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 7. Juli. Die Lage im Buchdruckerstreik hat heute dadurch eine Veränderung erfahren, daß auf Grund eines

Vermittlungsvorschlages des Reichsarbeitsministers direkte Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden haben. Minister Dr. Brauns hatte den Buchdruckern vorgeschlagen, die Arbeit wieder aufzunehmen, worauf dann vom Tage der Wiederaufnahme ab die Löhne in Anwendung kommen sollten, die der am 11. d. M. in Leipzig zusammengetretene Tarifausschuss festlegen würde. Inzwischen sollte eine einmalige Wirtschaftshilfe in Höhe von 300 M. zur Auszahlung gelangen. In den Besprechungen über diese Anregung machte sich bei den Arbeitnehmern unter gewissen Bedingungen eine Geneigtheit zur Annahme bemerkbar, während von Arbeitgeberseite dieser Vorschlag als unannehmbar bezeichnet wurde und als Grundbedingung ein Verzicht der Arbeitnehmer auf besondere Differenzierung in der Entlohnung der verschiedenen Spezialarbeiter verlangt wurde. Infolge dieser ablehnenden Haltung der Buchdruckerseite beschloß dann die Funktionärerversammlung der Buchdrucker, weiter im Streik zu verharren. Aber Wahrscheinlichkeit nach dürften jedoch die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien morgen Sonnabend ihren Fortgang nehmen.

### Die bürgerliche Presse und der Zeitungsstreik

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 7. Juli. Der Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der deutschen Presse hat sich mit dem Zeitungsstreik beschäftigt. Man konnte darin übersehen, daß der rein gewerkschaftliche Charakter des Streiks durchbrochen sei dadurch, daß die sozialistische Presse wieder erscheine. Es müsse deshalb auch den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit gewährt werden, zu Worte zu kommen. Es beschehe danach keine Bedenken, daß sich Kollegen an einer geplanten Notstandsaktion beteiligen. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die noch heute über Einzelheiten verhandelt.

## Ein deutsches Arbeiterheer nach Frankreich?

Poincaré hat im Senat zugeben müssen, daß die französische Reparationspolitik an einem Scheidewege angekommen ist. Das ist allerdings auch ohne dies Eingeständnis längst klar geworden, und wo die Einsicht chauvinistischen Diktatoren durchaus nicht kommen will, forat der ungeheuerliche deutsche Valutasturz, sorgi auch der zwar langsame, aber unverkennbare Niedgang des Franken zum mindesten für das Dämmern der Erkenntnis, daß etwas geschehen muß. Von der unbedingt notwendigen Konsequenz, daß das Scheitern der bisherigen Reparationspolitik zu einem Umschrauben des wirtschaftlich und politisch Unmöglichkeit auf reale Möglichkeiten führen muß, ist man in Frankreich allerdings noch sehr weit entfernt. Bisher zeigt sich die Erkenntnis nur in einer aufs höchste gesteigerten Nervosität, die von einem Extrem ins andere führt, die auf der einen Seite den Zwang mit allen Mitteln androht, auf der anderen Seite den Plänen der vier Jahre lang verhängnisvollen Sachleistungen plötzlich neues Leben verleiht, um aus der deutschen Kontursmasse zu retten, was zu retten ist. Poincaré selbst ist der sichtbarste Ausdruck dieser Nervosität. In einer Rede an die Vertreter des Handels und der Industrie spricht er gegen die Verabreichung der Reparationen, gegen die Anleihe, im Senat mußte er jedoch zugeben, daß alle Zwangsmaßnahmen, all die für Frankreich beschiedenen Pläne über eine französische Steuererhöhung, die Ausnutzung der Wälder, Beschlagnahme der Bankguthaben im besetzten Gebiet und selbst der Beschlagnahme der Ruhestopfenförderung auch nicht annähernd das einbringen können, was Deutschland zu zahlen hat. Er hat sie aber trotzdem als wirksames Druckmittel bezeichnet, um die deutschen Taschen zu öffnen. Der Umchwung macht sich bei Poincaré noch deutlicher dadurch bemerkbar, daß er statt der unmöglichen Zahlungen mit einem Male die großen Pläne des Ministers Le Troquer auf riesige deutsche Arbeitsleistungen in Frankreich propagiert. Hin- und Herbewandern auf der ganzen Linie, aber die Gewalt bleibt noch immer Trumpf. Poincaré kann eben nicht aus seiner Haut heraus, er hat seit Friedensschluss die chauvinistische Seele Frankreichs mit allen Mitteln aufgeweckt, hat den Weg zu den deutschen Milliarden und zur Verwirklichung Deutschlands gewiesen, und nachdem er nun auf den Thron gelangt ist, kann er seinen Gefolgsleuten vom nationalen Wiederaufbau erzählen, daß seine Großprojekte einen eitlen Gesunkener waren. Aber er sucht nach neuen Wegen. Und wenn er seinem Eingeständnis, daß die Reparationspolitik an einem Scheidewege stehe, den Satz anfügt, der Weg dürfe nicht zur Sackgasse werden, so wird er es sich wohl auch schwerlich verhehlen können, daß die ersten Schritte in die Sackgasse längst getan sind. Er sucht nach einem Ausweg und glaubt ihn anscheinend in dem riesigen Troquer'schen mit Hilfe eines deutschen Arbeiterheeres und deutschen Materials große französische Verteilungspläne auszuführen, annehmen zu haben, ein Plan, der gegenwärtig der Reparationskommission zur Prüfung unterliegt.

In Deutschland haben diese großen Projekte infolge der inneren Miere leider nicht die Beachtung gefunden, die sie verdienen. Sie gehen zweifellos zurück auf die im November v. J. erschienene Zeitschrift der englischen Industrie, in der diese Wege gewiesen wurden. Auf die einzelnen Projekte braucht nicht näher eingegangen zu werden. Sie betreffen die Regulierung der Rhone, die 10 Jahre lang 12 000 deutsche Arbeiter beschäftigten und Deutschland 2055 Millionen Franken lösten soll, die Regulierung der beiden südfranzösischen Flüsse Trunere und Dordogne mit 1800 bzw. 2500 deutschen Arbeitern auf 4 Jahre mit zusammen 248 Millionen Franken für Deutschland, den Sogefendurchschliff von St. Maurice für die elassische Wirtschaft mit 600 Arbeitern und das Milliardenprojekt des Nordostkanals, der die Kohlenbezirke Nordfrankreichs einerseits mit dem Saargebiet, andererseits mit der Schelde verbinden soll. Also endlich eine Verwirklichung des wiederholten deutschen Angebotes, mit Hilfe deutscher Arbeiter Frankreich wieder aufzubauen? Ein wirtschaftlich erstrebenswertes Ziel? Zunächst entsteht natürlich das für die deutschen Angebote in erster Linie maßgebende Moment, die durch den Krieg verwüsteten Gebiete wiederherzustellen, denn mit diesem Wiederaufbau haben die Pläne nichts zu tun. Die französische Industrie will sich die dort zu erzielenden Riesengewinne nicht entgehen und die französische Regierung will sich des vorzüglichen Propagandamittels der durch unverantwortlichen Schandrian noch immer nicht völlig wieder aufgebauten Gebiete nicht berauben lassen. Weiter muß auffallen, daß die französischen Berichte über den Troquer'schen Plan niemals eine Zusammenfassung der von Deutschland geforderten Arbeiterzahl und der notwendigen deutschen Aufwendungen geben. Bei einem Projekt fehlt die Zahl der Arbeiter, die durch die Zahl der Arbeitstage ergibt wird, bei dem andern die Zeitangabe usw. So ist man auf oberflächliche Schätzungen angewiesen, die ein Arbeiterheer von 35 000 Mann zum größten Teil auf 4 Jahre, zum kleineren Teil auf 12 Jahre ergeben und deutsche Aufwendungen von etwa 4 Milliarden Franken notwendig machen. Besonders die 17te Zahl schwebt aber völlig in der Luft, da über die Bezahlung der deutschen Arbeiter nichts positives

# Die Ausschussberatungen zum Schutzgesetz

## Festlegung des Wortlauts der ersten Paragraphen.

(Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 7. Juli. Im Verlaufe der weiteren Verhandlungen des Ausschusses über das republikanische Schutzgesetz erklärte der demokratische Abg. Koch, daß das Gesetz alle Regierungsmittel in Deutschland schütze und daß nicht alle Regierungsmittel durch republikanisch seien. Man denke an Bayern. Daraus gehe doch hervor, daß das Gesetz keinen einseitigen Standpunkt einnehme. Bei der Abstimmung wurde die Unterabstimmung des § 1 dahin geändert, statt des Wortes „Stelle“, das zu sehr das Programmatische einer krasse Vereinigung betont, das Wort „Bestrebungen“ zu setzen. Die Schutzweiterung auf die Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages oder auf andere Personen, aus Gründen, die in der Stellung dieser Personen zum öffentlichen Leben liegen, wurde aus § 1 herausgestrichen. Eine entsprechende Bestimmung soll dem Schluß des Gesetzes angefügt werden. Im zweiten Absatz wurde bestimmt, daß mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Nachschuß bestraft wird, wer Teilnehmer an einer krasse Vereinigung zur Ausführung einer Forderung ist, oder wer in Kenntnis dieser Bestrebungen Teilnehmer einer dahn gerichteten Verabredung ist. In § 1a wurde statt des Wortes „Verbindung“ das Wort „Geheimverbindung“ gesetzt. Bei § 1c wurde noch lebhafter Diskussion beschloffen, daß nur die Gesellschaften, die in Ausführung der Seelsorge Kenntnis von dem geplanten Verbrechen bekommen, nicht verpflichtet seien, die Angelegenheit zu erforschen. Alle anderen von einem geplanten oder ausgeführten Verbrechen oder von dem Bestehen einer krasse Vereinigung Kenntnis habenden Personen machen sich selbst strafbar, wenn sie die Angelegenheit unterlassen, also auch Verwandte oder Schwägerinnen und deren Ehegatten und Verlobte, wie auch Zeugen. In § 2 des Gesetzes wurde die Bestimmung, die mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 3 Jahren denjenigen bestraft, die Mitglieder der republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes verleumdete oder öffentlich beschimpft, von der rechten Seite scharf angegriffen. Nachdem in letzter Zeit Minister oft in Volksversammlungen als Parteiredner auftraten, sei es nicht möglich, den Regierungsmitteln außer den üblichen Rechtschülern noch einen besonderen Schutz gegen Verleumdung zu gewähren. In der Kammerabstimmung des Ausschusses wurde der § 3 des Gesetzes zum Schutze der Republik in folgender Fassung angenommen: Neben jeder Verurteilung wegen eines Verbrechens gegen den Paragraphen 1 dieses Gesetzes oder wegen Hochverrats oder wegen einer Vorbereitung dazu ist auf Geldstrafe zu erkennen. Bei einer solchen Verurteilung kann dem Verurteilten ferner der Aufenthalt in bestimmten Teilen oder an bestimmten Orten des Reichs auf die Dauer bis zu fünf Jahren untersagt oder angewiesen werden. Gegen Ausländer ist auf Ausweisung aus dem Reichsgebiet zu erkennen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bestraft.

Sodann sprach Reichsjustizminister Haddbruch den Wunsch aus, die Beratungen über diesen Gesetzentwurf in dem Sinne zu führen, daß alle Vänder daran mitarbeiten könnten, und daß, statt die Gegensätze zu verschärfen, man lieber einmütig miteinander arbeiten sollte. Es treffe zu, daß der bairische Innenminister Schwenner angeordnet habe, es möge der Volkstag von Anordnungen der Reichsanwaltschaft hinausgeschoben werden, bis sich das Ministerium des Innern dazu äußern könne. Er habe ihn aber sofort darauf aufmerksam gemacht, daß sich diese Anordnung in Widerspruch zu den Bestimmungen des Verfassungsartikels 102 befinde. Er habe aber auch durch das Ministerium des Innern, daß der bairische Minister Schwenner gemeint gewesen sei, einen alle Teile befreilichenden Ausweg zu finden. Im übrigen sei den Verhandlungen in München keinerlei Hindernis in den Weg gelegt worden. Die Verteilung der geheimen Organisationen über ganz Deutschland mache es schon aus technischen Rücksichten nötig, daß der Kampf gegen diese Bünde nicht von Organen der Vänder geführt werde, die vor den Grenzspähern dieses

Vandes halt machen müßten. Was die Zusammenfassung des zu errichtenden Staatsgerichtshofes betreffe, so müßten in diesem Gerichtshof alle Weltanschauungen vertreten sein. Es sei wünschenswert, daß dem Reichspräsidenten die Wahl für die Mitglieder des Staatsgerichtshofes zustehe. Daß alle Mitglieder dieses Gerichtshofes drei Gerichtsgrade dem Reichsgericht entnommen werden müßten, beweise das Vertrauen, das man in die Objektivität des Reichsgerichtes setze.

## Reichstagsverhandlungen über anti-republikanische Rundgebungen.

(Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 7. Juli. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung des Reichstages teilte Präsident Voche mit, daß der Reichswirtschaftsminister gebeten habe, die gegen die Reichswirtschaft erhobenen Beschuldigungen und Anklagen zum Gegenstand einer Untersuchung durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu machen. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde diese Angelegenheit dem Reichsausschuß überwiesen. Als der Präsident dann weiter berichtete, daß er neben anderen Abgeordneten auch den Abg. Müller (D.-N.) auf 14 Tage wegen Krankheit beurlaubt habe, erhob sich auf der linken Seite großer Lärm. Aus der Tagesordnung hand dann eine Anfrage des Abg. Wegeler (D.-N.), der Beschwerde über die Viehsteuern in den Reichsgebieten. Ein Regierungsvertreter erwiderte, daß bis zum 3. Juli 1923 an die Grenze geliefert wurden 143.525 Pferde, 175.600 Rinder, 200.281 Schafe, 21.411 Ziegen und 216.700 Kühe. Zu liefern sind noch rund 81.000 Pferde, 92.000 Rinder und 77.000 Schafe. Die nächste Viehlieferung aus Süddeutschland erfolgt an Italien in Rindern und Schafen voraussichtlich Anfang September, an Serbien in Rindern Anfang August. Für Italien kommen in Betracht 10.000 Rinder und 4.000 Schafe, für Serbien 57.000 Schafe.

Darauf wurden die Besprechungen der Interpellationen gegen die anti-republikanischen Rundgebungen fortgesetzt.

Abg. Heusel (D.-N.) erhielt das Wort zur Fortsetzung seiner am Donnerstag unterbrochenen Rede. Als er das Rednerpult betrat, verließen Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängige den Saal. Der Redner stellte fest, daß er für die Einigung der Parteien eingetreten sei. Ein von ihm erlassener Aufruf zum Zusammenschluß der Parteien gegen die Polen hatte bei allen Parteien Erfolg. Auch die Sozialdemokraten machten mit. So sollte es überall in deutschen Vaterlande sein, wenn wir wieder einmal angegriffen würden, dann würden doch alle Deutschen wieder ernt werden. Der Redner schloß mit einem Wahrspruch Omdenburgs zur Einigkeit. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Höp (Dem.) behauptet, daß die Bögen vom Dolchstoß immer wieder von rechts vorgetragen würden.

Abg. David (Soz.) erklärt, daß Hindenburg die Volkstugend wiederholt als Ursache des deutschen Zusammenbruchs angegeben habe, made ihn dem deutschen Volke unheimlich. Die monarchistische Stimmung vieler alter Offiziere sei wohl verständlich, aber diese Herren müßten doch auch einsehen, daß die Ziele der Monarchie unsinnig seien. Vor vier Parteigenossen erklärte Abg. Frölich (Komm.), daß der Reichsminister Schlegel des Reichspräsidenten die Konterrevolution und Rudendorff Mitglied der Organisation Consul sei. Redner empfahl zur Vertilgung des Nordgebundes zunächst die bairische Regierung auszuräumen. Abg. Pöhlmann (Soz.) behauptet, daß über die Vorgänge in München solche Meldungen verbreitet seien. Es seien 2 Tote und 24 Verwundete zu beklagen. Von einem Revolutionstribunal und der Verfassung von Weiseln sei nicht die Rede. Infolge Verleumdungsbekämpfungen verweigerte sich darauf das Hans aus Montau nachmittags 3 Uhr. Interpellation Beetz (D.-N.) wegen Auflösung rechtsgerichteter Organisationen. Interpellation Becker (D.-N.) wegen der Vorgänge in Darmstadt, zweite Lesung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik.

## Die Antwort der deutschen Volkspartei an Zentrum und Demokraten.

(Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 7. Juli. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat an die Demokraten und das Zentrum auf ihre Anfrage wegen einer Beteiligung an der Regierung folgenden Antwortschreiben gerichtet:

Wir sind mit Ihnen der Auffassung, daß die außerordentlichen Schwierigkeiten der Lage das Zusammenwirken aller dieser Kräfte, die zu williger und tätiger Mitarbeit an der Erhaltung und dem Wiederaufbau des Staates auf dem Boden der heutigen Verhältnisse bereit sind, zu den in Uebereinstimmung mit der Ausräumung der Fraktion gehaltenen letzten Reden der Abgeordneten Weder, Heineke und Stresemann in unsere Auffassung in der außerordentlichen Lage, sowie zu der Frage des Schutzes der verfassungsmäßigen Staatsform, gegen Verächtlichmachung und gegen hochverräterische Unternehmungen in wesentlicher Uebereinstimmung mit den von Ihnen vertretenen Ausräumungen zum Ausdruck gekommen. Da weiter auch in den der Verabschiedung zugehenden großen Finanzgesetzen eine gedeihliche gemeinschaftliche Arbeit auf breiter Grundlag erforderlich ist, dürfen die auch von Ihnen als Voraussetzung bezeichnete Uebereinstimmung in den wesentlichen Grundfragen vorliegen. Wir halten daher auch eine Zusammenarbeit auch in der Regierung für möglich und sind bereit, uns an der Regierung zu beteiligen.

Für die Fraktion der Deutschen Volkspartei:  
Dr. Stresemann.

Der „Vorwärts“ lehnt die Koalition nach rechts ab.

Der „Vorwärts“ erklärt in einer Bemerkung zu dem mitgeteilten Schreiben des Zentrums und der Demokraten an die Volkspartei, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien aber sehr im Irrtum seien, wenn sie glauben, die gegenwärtige gefährliche Situation durch keine faktische Ausräumung weiser zu können, die fast wie ein schlechter Zehrs wirkten. Erstlich könne gar keine Rede davon sein, daß jetzt eine Partei in die Regierung aufgenommen werde, die sich programmatisch zur Monarchie bekenne und die bis in die letzten Tage hinein Arm in Arm mit den Deutschnationalen die Außenpolitik Werth und Rathenau bekämpft habe.

Dr. Gehler und die Verdächtigungen von links.

(Eigener Textbericht der Dresdn. Nachrichten.)  
Berlin, 7. Juli. Reichswehrminister Dr. Wegeler hat wegen der gegen die Reichswehr erhobenen Vorwürfe von links beim Reichstoge die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragt. Ob diesem Entschluß des Reichswehrministers stattgegeben werden soll, darüber wird sich zunächst der Reichsrat des Reichstages schlüssig werden.

Freiherr v. Schorlemer †.

Berlin, 7. Juli. Der frühere preussische Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer ist gestern Abend in Berlin an einem Nierenleiden gestorben.

Der Beremigte war eine prominente Persönlichkeit des alten Regimes, ein bedeutender Vertreter des landwirtschaftlichen Berufs und gleichzeitiger Verfasser des landwirtschaftlichen Interesses. Nach seiner Berufung ins preussische Herrenhaus 1901 wurde er 1905 Oberpräsident der Provinz und 1910 preussischer Landwirtschaftsminister.

## Das Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 7. Juli. Die Kammer hat nach Beendigung der Aussprache über die Interpellationen, betreffend die Kriegsschuld, der Regierung mit 392 gegen 65 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. (S. Z. B.)

Das Vertrauensvotum hat folgenden Wortlaut: Die Kammer tadelt und weist mit der ganzen Kraft ihrer Verachtung die Verleumdungskampagne zurück, die gegen die deutsche Regierung organisiert worden ist, um auf Frankreich die Kriegsverantwortung abzuwälzen, trotz der überzeugenden Tatsachen des kategorischen Angebots, das im Vertrag von Versailles gegengezeichnet worden ist und das der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. Mai 1921 formell bekräftigt hat. Die Kammer lehnt jeden weiteren Zusatz ab und acht zur Tagesordnung über.

## Die Unschuld Frankreichs im Urteil eines französischen Radikalsozialisten.

Paris, 7. Juli. In der Nachtigung der Kammer betonte Ministerpräsident Poincaré, daß er freis für den Frieden gewirkt habe. Als Blum die Politik Galloux besonders hinsichtlich des Abkommens nach dem Zwischenfall von Abadir verteidigte, warf Poincaré ein, daß er bei der Abstimmung das Abkommen unterstützt habe und sagte: Nach dem Kriege bestand die Hoffnung, daß Deutschland nunmehr eine friedliche Haltung einnehmen würde. Aber die Hoffnung habe sich nicht erfüllt. Der Führer der radikalen Sozialisten Herrriot erklärte im Namen seiner Partei, die französische Regierung trage keinen Anteil an der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch. Frankreich habe ein reines Gewissen. Als Kriegsverlehter Abgeordneter hätte er dem Wunsche Poincarés zu, die Verleumdung zu überführen. Er glaube aber nicht, daß die Regierung und Poincaré eine Kampagne von Verleumdungen aufhalten würden, bei denen nach dem Aussprache Clemenceau nur die Gewalt Recht habe. Herrriot schloß mit dem Hinweis darauf, daß gegen Cadix und Baillon ein gerichtliches Verfahren wegen Aufstiftung zur Revolte und wegen Raubmord schwebte. Darauf erfolgte die bereits gemeldete Abstimmung. (S. Z. B.)

## Die Pfändung der erlogenen Kriegsschuld Deutschlands in Frankreich.

Paris, 7. Juli. Die Kammer hat zu Beginn der heutigen Nachmittagsitzung beschlossen, die heute nacht angenommene Tagesordnung über die Schuld Deutschlands an Kriegen in allen Gemeinden Frankreichs anzuschlagen. (S. Z. B.)

## Werbestelle für die Fremdenlegion in Düsseldorf.

Düsseldorf, 7. Juli. Beim Düsseldorf französischen Kommando für die drei Rheinischen Düsseldorf Duisburg und Ruhrort ist kürzlich eine Werbestelle für die französische Fremdenlegion eingerichtet worden, deren Bereich das zuletzt besetzte Gebiet ist. Der einzelne Bewerber erhält neben einem monatlichen Fixum für jeden den er der Fremdenlegion zuführt, eine besondere Prämie.

## Die Anklage des Staatsanwalts im Prozeß Radoslawow.

Sofia, 7. Juli. Im Prozeß gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Radoslawow führt der Staatsanwalt in seiner Anklagebeilage aus: Aus den Aussagen der Angeklagten und der Zeugen, sowie aus den Aufzeichnungen des ehemaligen Ministers Reichow geht hervor, daß das Kabinett Radoslawow seit langem einen Diktator im Sinne gehabt und planmäßig vorberichtet habe. Die Kriegserklärung ohne Zustimmung der Volksversammlung sei als Vandalenverrat anzusehen. (S. Z. B.)

Verzicht. Was aber nach und nach über die weiteren Pläne Frankreichs — Vorkriegsplan wie den Bau eines Tunnel-Galats — über hat man nur vorläufig zurückgestellt — vertritt, zeigt, daß sie ins Meer fließen. Die französische Industrie, die sich zunächst scharf abzeichnend verhielt, will man außer den deutlichen Aufwendungen mit 30 Prozent an den Projekten beteiligen und zwar so, daß die am meisten Gewinn bringenden Investitionen an sie fallen, sodann löst natürlich die Industrie — über eine Hauptgrund für den ganzen Plan — die deutsche Industrie durch gewaltige unbezahlte Lieferungen vom Weltmarkt abzuziehen und Frankreich den Weltmarkt zu erschließen.

Mit Recht aber haben bereits französische Sozialisten gegen diese Vorschläge Einspruch erhoben; denn worauf sie hinauslaufen, ist eine Neuauflage der Sklaverei des Mittelalters allergrößten Stils. Das zeigt sich schon an der tiefen Zahl des deutschen Arbeiterherdes, das zahlenmäßig hinter den früher in die Sklaverei abgeführten unterliegenden Deuten kaum zurückfällt. Das zeigt sich aber noch mehr in den Bedingungen, unter denen die Deutschen arbeiten sollen. Die deutschen Arbeiter und Unternehmer sollen nicht nur französischen Kronvögeln unterstellt sein, sie sollen, wie die französische Presse mit Unaufrichtigkeit festhält, in wenig bevölkerten Gegenden Frankreichs verwendet werden, und um den Abbruch von der französischen Bevölkerung vollständig zu machen, sollen die deutschen Arbeiter in besonderen Wohnvierteln, abgetrennt von den übrigen Wohnvierteln, und in möglichst abgeschlossenen Baracken untergebracht werden. Sogar man in Frankreich vertritt, daß sich deutsche Arbeiter finden können, die bereit sind, 1 und sogar 10 Jahre freiwillig in einer derartigen Gefangenschaft anzubringen, die ein Dohn auf jede Justifikation ist? Die Nahrungsmittel für die Arbeiterkraft sollen aus dem deutschen Einfuhrbedarf an Lebensmitteln gedeckt und direkt über französische Häfen eingeführt werden. Bezahlen soll sie der deutsche Unternehmer, der dafür einen Teil des Arbeiterlohnes einbehält. Ueberhaupt die Bezahlung! Der Arbeiter soll von dem Erlös seiner Arbeit nur wenige Kronen bekommen, mit denen er seine kleinen Lebensbedürfnisse decken kann, den zweiten Teil des Lohns behält, wie schon gesagt, der Unternehmer mit Lebensmitteln, und der Rest soll unmittelbar von der deutschen Regierung an die Familien der Arbeiter in Deutschland bezahlt werden. Daß die deutsche Regierung auch die Lebensmittellieferungen der Unternehmer zu bezahlen hat, erscheint wohl selbstverständlich, während darüber, wer den Frankentlohn bezahlt, nicht gesagt wird. Fürwahr, diese Pläne sind der Grund der Nation würdig. Der deutsche Arbeiter, der sich freiwillig solchen unwürdigen Bedingungen unterwerfen kann, muß erst noch geboren werden. Darum fürchtet auch der französische sozialistische Abgeordnete Marthe ganz mit Recht, daß man mit derartigen Zwangsarbeit nicht nur die erziehungsbereiten deutschen Arbeiter, sondern auch die Militärs gegen diese Form der Reparationen auzieht.

Aber auch die wirtschaftliche Seite dieser Pläne muß unbedingt daran liegen, daß Deutschland niemals die Reparationen für Arbeiterlöhne und Materiallieferungen aufbringen kann, noch dazu, wenn der Dollar die 100 übersteigt hat, und die Inflation — die einzige, weitgehend unerbittliche Möglichkeit — durch die Inflationstheorie gewaltsam unterbunden werden soll. Das wird auch die Reparationskommission einsehen müssen, wenn sie diese einseitigen Pläne prüft. Sie müssen scheitern, da Deutschland auch durch die dehnbarsten Bestimmungen von Verträgen nicht zur Arbeitsleistung in Frankreich gezwungen werden, ein derartiger Vertrag aber niemals von Deutschland angenommen werden kann. Ohne Deutschland durch eine umfassende äußere Anleihe in den Zustand zu setzen, sich aus seiner finanziellen Not herauszuarbeiten, muß jedes Projekt einer Arbeitsleistung und Materiallieferung größeren Zeits inherein und Vornehm in die Zukunft versetzen, aus der durch den Plan Trömers heraus will. Heute sieht es auch das deutsche französische Verbleib, die „Reichen Frankreich“, ein, das alles zum Teufel geht mit jedem weiteren Sturz der Mark. Wenn es dann aber Gewalt und Vandalen vor sich zu tun beginnt, das Blatt belehren, daß dadurch nicht viel erreicht wird. Mit jedem Tage aber werden die Anleiheausgaben geringer, da die deutsche Wirtschaft in dem Stump der Weltkatastrophe unterzugehen droht, zumal die Produktion die Bindung mit Deuten verhindert. Eine Sanierung der deutschen Finanzen ist unmöglich, wenn die Staatsanleihe in einem Vierteljahr verdoppelt, wenn man die Wirtschaft zu Tode geht. Hier muß radikal gehandelt werden, und die Anleihe des Garnationskomitees in Berlin ist die beste Gelegenheit, die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Erfüllung derartiger Pläne zu vermeiden, nicht Verfallungspläne für die deutsche Arbeiterkraft zu verfolgen, sondern sich den Bedingungen des Anleiheauschusses auf Erhaltung der Reparationen zu beugen, ehe es kommt — nach amtlicher Ansicht bereits im Herbst — für jede Reparation zu spät ist.

## Die bairischen Sozialisten gegen v. Kahr.

München, 6. Juli. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der mehrheitlich sozialistische Vor. Die den früheren bairischen Ministerpräsidenten v. Kahr einen unerschütterlichen, doppeldeutigen, katastrophalen politischen Willen. Die Sozialdemokraten verlangen die Sanierung der Verfassung von Substanz. Die Republik werde ihre ganze Kraft dafür einbringen, sich gegen die monarchistische Reaktion zu wehren. Hilpert (Mittelschicht) sagte, daß Anleiheausgaben gegen rechts werden ein neues Weltrechtssystem brutaler Art in Deutschland einführen. Herr (Dem.) erklärte, seine Partei bedauere außerordentlich, daß Herr v. Kahr seinen früheren Standpunkt einer Politik der Mitte aufgegeben und sich in dem Standpunkt der äußersten Rechte befinde. Heubel (Komm.) verlangte, daß über die Tätigkeit v. Kahrs als Ministerpräsident der Staatsgerichtshof Aufklärung schaffen müsse. Abg. Stadel (Bauerbund) lehnte die ständige Politik von heute rundweg ab. Minister des Innern Schwenner verwahrte sich dagegen, daß Bayern armeine Organisationen bekämpfe. Die Organisation C werde weiter verfolgt. Ihre Mitglieder seien aber zugewanderte Norddeutsche und andere Reichsdeutsche. Die bairische Regierung habe es für ihre Pflicht gehalten, gegen das Gehen zum Schutze der Republik zu kämpfen, nicht um dem Reiche die Mittel zu verlagern, sondern weil dieses Gesetz über jedes zufällige Maß weit hinausgehe.

## Keine Beziehung der Reichsregierung zu Leoprechting.

Berlin, 6. Juli. Von unabhängiger Seite wird B. Z. B. mitgeteilt: Zum Hochverratsprozeß Leoprechting ist in verschiedenen bairischen Blättern über die illegalen Beziehungen des Verurteilten zu amtlichen Berliner Stellen berichtet worden. Die Reichsregierung legt größten Wert auf volle Aufklärung und stellt fest: Der Reichsminister hat zu Leoprechting keinerlei Beziehungen gehabt. Der Vertreter der Reichsregierung in Bayern hat mit Leoprechting keinerlei gegen die Pflichten des Reiches gegen Bayern verhängende Beziehungen gepflogen. Der Chef der Reichsanleihe hat Leoprechting lediglich wie andere Besucher empfangen, um sein Anliegen festzustellen. Weder der Person, noch den Mitteln Leoprechtings wurde irgendeine Bedeutung beigegeben. (S. Z. B.)

## Waffenfunde in Magdeburg.

Berlin, 7. Juli. Der „Vorwärts“ meldet aus Magdeburg: Im Magdeburger Bezirksamt wurden 15 Waffenfunde gemacht und nach sorgfältiger Schätzung gegen 30 Gewehre, sowie unzählige Munition gefunden.

Dr. Bremer Nachrichten  
Sonabend, 8. Juli 1923  
Nr. 316  
Seite 2

# Änderung der Erbschafts- und Einkommensteuer im Ausschuss.

**Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.**  
Berlin, 7. Juli. Der Steuerausschuss des Reichstages führte heute die erste Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes zu Ende und nahm den Entwurf des Antrages der Reichstagskommission für die Steuerklasse I 4 Prozent, II 5 Prozent, III 6 Prozent, IV 8 Prozent, V 12 Prozent. Der Steuerfuß erhöht sich, wenn der Wert des Erbes 100 000 M. übersteigt, um 10 Prozent, und für jede weiteren 100 000 M. um 10 Prozent bis zum Betrage von 5 Millionen M., darüber hinaus bis zu einem Gesamtanfall von 5 Millionen M., für jede weiteren 400 000 M. um je 20 Prozent. Dann trat der Ausschuss in die Beratung des Antrages der Unabhängigen auf.

## Änderung des Einkommensteuergesetzes

Ein. Abg. Goldmann (Unabh.) erklärte sich mit einer Erhöhung der 10-Prozent-Grenze auf 100 000 M. einverstanden. Staatsrat Dr. v. Wolf-Banern betonte die Bedeutung der Länder und Gemeinden gegen die beantragte weitgehende Ermäßigung der Einkommensteuer wegen der damit verbundenen Ausfälle. Seinen Ausführungen schlossen sich die Vertreter Preußens, Sachsens und Badens an. Staatssekretär Japs erklärte es für unmöglich, Erlagsanträge der Länder an das Reich für Ausfälle anzuerkennen. Die Senkung der Einkommensteuer mit dem Sinken des Geldwertes sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit, der sich auch die Länder nicht hätten entziehen können. — Abg. Dr. Hellfied (D.) hielt die Revision des Tarifs für eine absolute Notwendigkeit. Er würde bei der traurigen Entwicklung im Herbst wieder erforderlich sein und man müßte einen Weg suchen, der dieser Veränderung automatisch Rechnung trage. Bei den unteren Klassen träte eine weitgehende Ermäßigung gegenüber den höheren Klassen durch die Abzüge ein, die das Existenzminimum darstellen sollten. Die Kleinrentner könnten aber keine Werbungskosten abziehen und das führe zu einer steuerlichen Barbarei, indem man Leute, die heute hungern müßten, noch Steuern abverlangte.

Nach einem Zentrumsantrag wurde folgender Tarif beschlossen: Die Einkommensteuer beträgt:

- für die ersten angefangenen oder vollen 100 000 M. des steuerbaren Einkommens 10 Prozent;
- für die weiteren 50 000 M. 15 Prozent;
- für die weiteren 50 000 M. 20 Prozent;
- für die weiteren 50 000 M. 25 Prozent;
- für die weiteren 150 000 M. 30 Prozent;
- für die weiteren 200 000 M. 35 Prozent;
- für die weiteren 200 000 M. 40 Prozent;
- für die weiteren 200 000 M. 45 Prozent;
- für eine weitere Million 50 Prozent;
- für eine weitere Million 55 Prozent; und
- für die weiteren Beträge 60 Prozent.

Ferner wurden die abzugfähigen Steuerbefreiungsbeiträge von 100 auf 1000 M. und die abzugfähigen Versicherungsbeiträge auf 8000 M. erhöht.

Angenommen wurde auch ein Antrag auf Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer. Die Kapitalrentensteuer soll bis zu 25 000 M. Einkommen voll und bis zu 50 000 M. Einkommen bis zur Hälfte angerechnet werden. — Morgen soll die dritte Lesung der Zwangsanleihe, der Erbschaftsteuer und der Einkommensteuer beginnen.

## Dementi angeblicher Neußerungen des Kaisers.

Ein amerikanisches Blatt hatte eine angebliche Unterredung des ehemaligen Kaisers mit einem Herrn v. Radowitz veröffentlicht. Nunmehr erhält die „Nln. Stg.“ folgende Zuschrift aus Haus Doorn:

„Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ vom 5. Juli 1922 bringt die New York Times die Schilderung eines Besuchs, den ein Herr v. Radowitz am 20., 21. und 22. Mai dieses Jahres bei Seiner Majestät dem Kaiser in Haus Doorn gemacht habe. Die ganze journalistische Schilderung ist erlogen. Wahr ist, daß Herr von Radowitz, Herr v. Kettler und Herr Brümmer auf ihre Bitte erlaubt worden war, sich im Garten des Hauses Doorn herzuhalten. Infolge unglücklicher Witterung zogen sich die Aufnahmen über drei Tage — 18., 19. und 20. Mai — hin. Seine Majestät hat Herrn von Radowitz überhaupt nicht empfangen, sondern ihn nur einmal, und zwar am 20. Mai, früh, im Beisein der anderen genannten Herren im Garten flüchtig gesprochen. Ich war zugegen. Seine Majestät hat an Herrn v. Radowitz einige Fragen über seine Verwendung im Kriege und über technische Einzelheiten des Jagdflugzeuges gerichtet. Von politischen Dingen ist nicht die Rede gewesen.“

Haus Doorn, den 5. Juli 1922.  
v. Dommé, Generalmajor a. D.“

## Kunst und Wissenschaft.

† **Dressdner Theater-Spielplan für heute.** Opernhaus: „Gefühllos“, Schauspielhaus: „Das Märchen vom Wolf“ (1/2), (Sachspiel des Burgtheaters), Neukirchner Schauspielhaus: „Der eiserne Heiland“ (1/2), Residenz-Theater: „Der blonde Engel“ (1/2), Central-Theater: „Wiesensieber“ (1/2).

† **Sonabendbesuch in der Kreuzkirche** (nachm. 3 Uhr). 1. Von Boehmann: Sutte für Orgel Nr. 2, C-Dur, Werk 27. 2. Robert Wolfmann: „Geistliches Reitalied“ für Chor, Werk 70. 3. Mit Freunden zart zu dieser Nacht“ a. d. Fiederbuch der Württembergischen Brüder, 1581 (Tonspiel von G. Reimann). 4. Geistliches Sanderlied. 5. Joseph Haydn: „Kun deut die Nur das ist die Welt“, 6. Albert Becker: „Geh aus, mein Herz, und suche Freud“, Chorale. Motette für vier- und sechsstimmigen Chor, nach einer Melodie von Graf Ballo v. Dohberg, Werk 48. — Mitwirkende: Der Kreuzchor. Solistin: Fr. Susanna Wittsch (Sopran). Orgel: Herr Kirchenmusikdirektor Bernhard Pfannkuch. Leitung: Herr Prof. Otto Richter. — Texte (1 M.) an den Kirchlichen. — Während der Sommerferien fallen die Besuche aus. Die nächste Besuche ist am 26. August.

† **Ausstellungskonzert.** In dem Vorwort zu dem Tagesprogramm der Jahreschau deutscher Arbeit klingt ein Satz aus „unter grünen Bäumen, beim Klange schillernder und frohlicher Musik, umgeben von Stätten heiterer Erholung“, gilt es „Wertung“. Bei dem Elitkonzert des Philharmonischen Orchesters am Donnerstagabend waren wir jedoch von der „Wertung“ sehr enttäuscht. Man genoh sie umbrandet von dem Gläsergeräusch und dem „Vorlicht-Rufen“ der Bedienung und dem Stimmengewirr rückstufloser Konzertbesucher. Von dem Orchesterprogramm war zufolge dessen nicht viel zu erfahren. Wir lasen nur auf der Vortragsordnung, daß Webers Curanthenouvertüre, ein Walzer von Joh. Strauß, Griegs „Sigurd Jorsalfar“, Raffs „Wagners „Waldreuertritt“ und „S kommt ein Vogel geflogen“ in der Bearbeitung von Siegf. Ochs geboten wurden. Angekündigt war das gesamte Orchester. Aus eingeweihter Quelle erfuhren wir aber, daß nur ein Teil des Orchesters da war, da der Rest im Albert-Theater beschäftigt war. Es war also ein Orchesterkonzert, umgeben von Unterhaltungslärm. Man geht sich die Mitwirkung des Dressdner Vorchers gelangweilt unter Leitung von Musikdirektor Joh. Richter geföhrt. Dieser Vorchers, der mit im Zentrum des Dressdner künstlerischen Musiklebens steht, wird sich es wohl sehr überlegen, ob er ein zweites Mal unter gleichen Umständen seine edle Kunst „bewerten“ lassen wird, wie es

# Verliches und Sächliches.

## Minister Feilich über die Frage der Landtagsauflösung.

In einer im Reich-Ratler-Hof abgehaltenen Volksversammlung sprach Wirtschaftsminister Feilich über Brotwucher und über die politische Lage im Reich und in Sachsen. Dabei kam er auch auf die Auflösung des Landtages zu sprechen und führte dazu nach dem Verichte des Organs der Mehrheitssozialdemokraten aus: „Weider sei selbst in Sachsen noch das Bürgerium Trümpf; die Versplitterung der Arbeiter verbündere, ganze Arbeit zu tun. Die Kommunisten können sich von ihren wüchigen Plänen noch nicht trennen. Die Entscheidung wird über das Schicksal der Regierung entscheiden; es gebe nur entweder Bewilligung oder Auflösung des Landtages, der die E. P. D. mit Ruhe entgegensteht. Einer früheren Auflösung konnte sie nicht zustimmen, weil eine solche Sachsen in der Gesetzgebung, infolge Vernichtung vieler Vorarbeiten für noch zu schaffende Gesetze, mindestens 1 1/2 Jahr zurückgeworfen hätte. Bei der Neuwahl aber gibt es nur eins, festes Zusammenhalten der Arbeiter, damit das Banner der Republik siegreich und für immer emporfliehe.“

## Regelung der Beamtengehälter während der Landtagsferien.

In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung des Vorkommensauschusses des Landtages wurde im Einvernehmen mit Regierungsvertretern folgendes beschlossen: Werden während der Landtagsferien von der Reichsregierung Erhöhungen der Beamtengehälter vorgenommen, so kann die sächsische Regierung im Einverständnis mit dem Vorkommensauschuss die Erhöhung bei den sächsischen Staatsbeamten zur Auszahlung bringen.

## Die Opfer der Zwickauer Unruhen.

In Zwickau sind, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nur zwei Tote als Opfer der letzten Ausschreitungen zu beklagen. Einer davon wird heute in Zwickau, der andere anwärts beerdigt. Die dem Minister des Innern zugegangenen Berichte, die er in seiner letzten Landtagsrede verwandt hatte, haben sich in Bezug auf die Zahl der Toten erfreulichweise als unrichtig erwiesen. An der Beerdigung der Opfer nehmen Abordnungen der Parteien und der Gewerkschaften teil. Der Zustand mehrerer Schwerverletzter ist noch bedenklich.

## Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Dresden.

Am Gasthof Deutschendorfer auf Oberer bei Rosten hielt am Freitag vormittag der Landwirtschaftliche Kreisverein Dresden unter dem Vorsitz des Vorkommensrates Dr. Andra, Braunsdorf bei Tharandt, seine Hauptversammlung ab. Etwa 400 Landwirte aus allen Teilen des Bezirkes hatten sich eingefunden.

Aus dem der Versammlung vorgelegten Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß der Kreisverein jetzt 245 Vereine mit etwa 18 263 Mitgliedern zählt. Die Vorkommens- und Vorkommensratvereine sind darin nicht enthalten. Außerdem gehören dem Kreisverein die sieben neuorganisierten landwirtschaftlichen Bezirksvereine Dippoldswalde, Dresden, Freiberg, Meißen, Pirna, Saida, Großenhain an. Als neue Ehrenmitglieder konnte der Verein beglückwünschten Prof. Schumhler-Freiberg, den Präsidenten des Landesfiskusrates für Sachsen Exz. Dr. Mehnert, Dresden und Geh. Hofrat Prof. Dr. Robbe-Tharandt.

Wichtig war im Berichtsjahre vor allem die Tätigkeit des Vereins für die Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse. Durch die Einführung der Mädchenfortbildungsschulpflicht, die sich über drei Jahre erstreckt, sei das Bestreben des Kreisvereins und des Landesfiskusrates, der weiblichen Jugend eine Fortausbildung zu schaffen, weitgehend gefördert worden. Ueberall regte sich der Wunsch nach Schaffung solcher Schulen. Bisher sei an der Landwirtschaftlichen Schule zu Meissen eine Mädchenabteilung gegründet worden, die von 104 Schülerinnen besucht werde. Eine landwirtschaftliche Schule in Wildgrün, die flachenweise aufgebaut werde, sei jetzt von 41 Schülerinnen besucht. In Anerkennung von Verdiensten um die Hebung der Landwirtschaft wurden seit 1920 31 silberne Medaillen, 31 bronzen und eine größere Zahl Ehren diplome verliehen. Der Vorkommensrat begrüßte die Versammlung, in erster Linie Ministerialrat v. Wendtner als Vertreter des Wirtschaftsministeriums, Hofrat Dr. Schöne für den Landesfiskusrat, Regierungsrat Köhler von der Amtshauptmannschaft Meissen. In kurzer Betrachtung charakterisierte er die gegenwärtige Lage der Politik.

## Die Getreidemenge

sei eine unbegreifliche Maßnahme, denn durch sie werde die Erzeugung gehemmt, während sie allenthalben gefördert werden müßte. Eine gerechte Verteilung sei absolut unmöglich. Die Entlastung für Sachsen komme auf höchstens 15 bis 18 Prozent, während man 30 Prozent angestrebt habe. Die jetzigen Getreidepreise nach der Umlage seien bei der

In diesem Ausstellungskonzert der Hall war. Es war ein adäquates Programm, mit Proben der Männerchorliteratur (Hegar, Schubert, Gutter, Franz, Volkmann, Volkslieder in Bearbeitung von Dinegraven), in langschöner, dynamisch glänzend ausgeführter Wiedergabe. Aber was nützt der pädagogische Wahn, die feststehende Ausführung, wenn der Mahnen den Eindruck beeinträchtigt. In der „Wertung“ der Konzerte wird also auf dem Konzertplatz der Ausstellung noch eine Umstellung stattfinden müssen, damit auch hier der Kunst die gebührende Beachtung geschenkt wird. O. H.

† **Hauptmann in Bremen.** Wie die „Befreiung“ in Bremen mitteilt, hat Oberst Hauptmann eine Einladung der Vertretung der Bremer Dichter angenommen, zur Wieder deutschen Woche nach Bremen zu kommen.

† **Der Verband Deutscher Klavierkünstler** mit beinahe 1000 Mitgliedern und 21 Bezirks- und Ortsgruppen, wählte in seiner Hauptversammlung in Dortmund erneut unter großem Beifall Hofrat Stadtrat Plötner in Dresden einstimmig zu seinem ersten Vorsitzenden. Der Verband hat im vergangenen Jahre eine große Tätigkeit entfaltet, sich mit der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, der britischen Klaviersteuer, den Sanktionszölle und Ausfuhrfragen, besonders aber mit der Bekämpfung der Luxussteuer beschäftigt. Er hat diesbezüglich mit sämtlichen Handelskammern und verschiedenen Landesregierungen in Verbindung gestanden und über 600 Auskünfte erteilt. Die Beteiligung aus allen deutschen Ländern war so groß wie nie zuvor. Für 1924 ist ein Verbandstag in Dresden vorgesehen.

† **Reichsdeutsche Sänger für die Wiener Oper.** Das Künstlerpersonal für die Wiener Staatsoper wurde durch eine Reihe reichsdeutscher Künstler, welche teils mehrmonatige Gastspiele abgaben, teils als Mitglieder dem Verband der Wiener Staatsoper angehören werden, verstärkt. So wurden mehrmonatige Gastspielverträge abgeschlossen mit den Damen Wildbrunn, Schwarz, Gassara-Dinwiler, Kemp, Kethberg, Dresden und Fräulein Dinesen-Hamburg. Neu treten ein in die Staatsoper: Frau Kappelmann und Fräulein Weyersbach-Wiesbaden. Die Verträge mit den in Wien wirkenden ersten Tondirektoren Elekaf, Plecava, Detsch und Schuber wurden verlängert und gleichzeitig die Herren Kraus-Münden, Tauber-Dresden, Anote-Münden, Bohnen-Berlin der Staatsoper neu verpflichtet. Als neuer Spielführer wurde Intendant Runge-Breslau gewonnen.

† **Neue Radiumfunde.** Ein Lager von Radium ist in dem Bergbau-Tal in Turkestan entdeckt worden und wird von der Sowjetregierung angekauft werden. Radium-

# Roter Kreuz-Tag Dresden heute und morgen, heute Fest im Zoologischen Garten Beginn 4 Uhr.

neuerlichen Preisentwicklung so ungünstig, daß das Betriebskapital der Landwirtschaft schwer geschädigt werde. Darum gehöre alles verfügbare Geld in die landwirtschaftlichen Genossenschaftskassen der sächsischen Landwirtschaftsbank. Durch die Beschränkung der Kapitalkraft der Landwirtschaft sei auch das „Silberwert“ gefährdet, trotzdem habe gerade der Freistaat Sachsen energisch in diese Arbeit eintreten können.

Im Namen des landwirtschaftlichen Kreisvereins begrüßte Herr Donath-Bendtschowa die Versammlung. Den Geschäftsbericht erstattete der Geschäftsführer Dr. König. Er wies vor allem darauf hin, daß im allgemeinen reges Leben in den einzelnen Vereinen herrsche. Der Kreisverein bemühe sich vor allem, mit dem Landesfiskusrat die Produktion zu heben.

Einen Vortrag über den

## „Anbau der Kartoffeln“

hielt Rittergutsbesitzer Wendt-Dirschfeld, der in den letzten Jahren außerordentlich hohe Erträge erzielt hat. Er beschäftigte sich zunächst mit der Frucht, die sich in Veredelungszucht und in Kreuzung von Sorten sehr verschieden anwenden lasse. Die letztere habe keine Begrenzung als Hochzucht. Wichtig sei die Verwendung harter Knollen zur Auslese. Er schilderte eine Fülle von Einzelheiten in der Auslese im Stod, die zur Erhaltung der Ertragsfähigkeit eines Saatfasses eine große Rolle spiele. Weiter sprach der Redner über die Steigerungsmöglichkeiten der Erträge durch Bodenbearbeitung, Düngung, Unkrautentfernung und Pflege der Ernte nach ihrer Einbringung und gab eine große Anzahl persönlicher praktischer Erfahrungen bekannt. Der Redner erörterte schließlich eingehend die Saatgut- und die Sortenfrage; eine Kartoffel aus einem feineren und schwereren Boden sei einer Saatkartoffel aus rein sandigem Boden vorzuziehen.

Nach der Versammlung und einem gemeinsamen ein-stündigen Mittagessen begaben sich die Teilnehmer in Weichern zum Rittergut Dirschfeld bei Deutschendorfer, um die Kartoffelfelder des Hauptvorsitzenden in Augenschein zu nehmen und seine theoretischen Belehrungen an der Wirklichkeit nachzuprüfen. Anschließend stattete man auch den Kartoffelfeldern des Landesfiskusrates beim Jollhaus einen Besuch ab.

## Verbandsstag deutscher Bäckereien in Leipzig

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des letzten Tages stand der Vortrag des Bäckereimeisters Grubler-Charlottenburg über „Die Auswirkungen des Wirtschaftslagens auf das Bäckereigewerbe“. Die Versammlung nahm mit großer Mehrheit folgende Entschlüsse an: „Die in Leipzig versammelten Vertreter des Bäckereigewerbes protestieren mit aller Entschiedenheit gegen das Vorgehen der Preisprüfungsstellen bei Ausübung der Kontrollen sowohl, als auch gegen die seitens dieser Stellen erfolgende Weitergabe der Befunde an die Wassergerichte, ohne vorher die nach dem Gesetz vorgezeichneten sachverständigen gehört zu haben. Damit die geschädigten Uebergriffe unmöglich werden, verlangen wir, daß die überflüssige Einrichtung der Preisprüfungsstellen mit unklarer Bescheinigung abgebaut und eine zeit- und zweckentsprechende Neuregelung der Preisstreit- und Bäckereiverordnung herbeigeführt wird.“

Der Präsident des amerikanischen Staatsverbandes der Kleinbäcker, Straßer-Kunz, der mit 200 amerikanischen Bäckern herübergekommen war, äußerte einem Pressevertreter gegenüber, die großartige Fachausbildung sei wiederum ein Beweis für die eminente Schaffenskraft und Energie des deutschen Volkes. Ein Land, das nach einem verlorenen Kriege noch solche Wunderwerke der Technik zu Tage fördere, könne nicht zugrunde gehen. Im Gegenteil, er sei des festen Glaubens, daß Deutschland einen neuen Aufstieg durchmachen werde. Von der Organisation der deutschen Innungen sagte er, daß sie mehrwertig wäre. Die Amerikaner könnten hieraus lernen. Das sei auch ein wesentlicher Grund, weshalb sie herübergekommen wären. Ueberhaupt werde eine enge Fühlungnahme mit Deutschland von seiten der Amerikaner ersehnt. Ein reger Austausch der beiderseitigen technischen und organisatorischen Errungenschaften komme nicht nur dem Gewerbe zugute, sondern härte auch die Beziehungen von Volk zu Volk.

## Vogelwiesen-Feuerwert.

Als im Jahre 1913 auf der Vogelwiese das Feuerwerk in der altgewohnten Weise abgebrannt wurde, hat niemand ahnen können, daß beinahe ein Jahrzehnt vergehen würde, bis der Dresdner Bevölkerung auf der Festwiese ein solches Schauspiel wieder geboten werden würde. Weitern wurde es zur Wahrheit. Wer sich in der neunten Abendstunde nach der Vogelwiese begab, der konnte mit Befriedigung feststellen, daß der Freitag, der traditionelle Tag für das Feuerwerk, seine starke Anziehungskraft immer noch ausübt. Es be-

aktive Erze wurden des weiteren im belgischen Congo gefunden, und zwar handelt es sich hier um ein neues Mineral, das zu Ehren des englischen Nobelpreisträgers Lord „Soddy“ genannt werden soll. Das Soddy ist sehr reich an Uranium, in dem Radium in einem Verhältnis von 2: Teilen zu 10 Millionen enthalten ist.

† **Geldspenden für die Stadt Frankfurt a. M.** Ein bis jetzt noch unbekannter Wohlthäter hat die Gesamtspenden für die Erweiterung der Universitätsbibliothek übernommen, die sich wohl auf verheerende Millionen belaufen werden. — Die in Paris verheerbete Baronin von Rothschild hat ihrer Vaterstadt Frankfurt 500 000 Franken (auszeit etwa 18 Millionen Mark) für die Verbesserung der Einrichtungen der Stadt und mehrere wertvolle Kunstgegenstände vermacht. Die Erblasserin hat ferner die Rothschild'sche Bibliothek mit 50 000 Franken und das Carolinenum mit 25 000 Franken bedacht.

† **Neue Mars-Untersuchungen.** Im August 1924 wird der Planet Mars in die größte Erdnähe kommen, die er seit 50 Jahren erreicht hat, und die Astronomen rühten sich aus diesem Anlaß zu neuen Forschungen über die verschiedenen Probleme, die gerade mit ihm verknüpft sind und die noch keine befriedigende Lösung gefunden haben. Für die europäischen Observatorien werden die Beobachtungsbedingungen allerdings sehr ungünstig sein; man muß eine Gegend südlich des Äquators aufsuchen, um den Mars hoch am Himmel zu sehen. Ein reicher amerikanischer Freund der Astronomie, Mac Afee, hat nun den Entschluß gefaßt, die Frage der Marsnähe bei dieser Gelegenheit nach Möglichkeit zu klären. Er begibt sich im Jahre 1924 nach Charanai in Chile, wo er den Planeten im Zenit beobachten kann, und er läßt zu diesem Zweck ein neues feinknettes Teleskop an Ort und Stelle bauen. Statt eines Spiegels von großem Durchmesser, der schwer oder unmöglich genau auszuführen wäre, ist bei diesem Teleskop eine Fläche von Quecksilber verwendet, die in eine schnelle Rotation versetzt wird. Ein solches Instrument hat den Nachteil, nur für Sterne gebraucht werden zu können, die im Zenit vorübergehen. Die Astronomen erwarten jedoch die Ergebnisse der Beobachtungen mit dem neuartigen Teleskop, das über 200 000 Dollar kosten wird, mit lebhaftem Interesse. Mac Afees Beobachtungen können vielleicht die Lösung des Problems der doppelten Marsnähe bringen, die für manche den Beweis einer hochentwickelten Kultur der Marsbewohner bedeuten, für andere nur eine einfache optische Täuschung infolge der Unvollkommenheit unserer Instrumente darstellen. Nebenfalls ist der Mars der einzige Planet unserer Sonne, der die gleichen Bedingungen für die Bewohnbarkeit wie unsere Erde darbietet, besonders in seinen äquatorialen Gebieten.









Leitung Nr. \_\_\_\_\_  
 Telegramm Nr. 0 72  
 Angenommen von Fanö-Bad  
 den 3. 7. 1922  
 um 12 Uhr 20 Min. nachm.  
 durch Gin

# motorstoewer-stettin

## Telegraphie des Deutschen Reichs

Stettin

Telegramm aus **Fanö-Bad (Dänemark)** Sn 34/3 32 45/44 W 3 9 40

**Im Fanö-Rennen gewinnt Stoewer 2 1/2 Liter-Wagen ersten Preis und schlägt mit 138 Stunden-Kilometer weit überlegen sämtliche Wagen der internationalen Konkurrenz bis einschließl. 6-Liter-Klasse. D 7 zweiter Preis als schnellster Tourenwagen mit 183 Stunden-Kilometer.**

Weitere Stoewer-Erfolge in letzter Zeit:

Internationale Zuverlässigkeitsfahrt Bombay (Indien): Erster Preis. — Harzer Bergrennen: Erster und dritter Preis. Im großen Sachsenpreis über 700 km Fahrt 6-Zylinder-Stoewer im Bergrennen beste Zeit und bei Zuverlässigkeitsfahrt als erster durchs Ziel.

**STOEWER-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT** vormals Gebrüder Stoewer-Stettin.  
 Generalvertreter: **Autoverkaufsbüro Dresden, Wünschmann & Co., Dresden, Bautzner Straße 22.**  
 Fernsprecher 17464, 22794.

Seite 8  
Dresdner Nachrichten  
Sonnabend, 8. Juli 1922  
Nr. 316

**Dalcroze-Schule Hellerau**  
**Morgen Sonntag 8 Uhr im Festsaal**  
**Dramatischer Abend**  
 Bühnenszenen aus Opern u. Dramen.  
 Ausführl.: Erwachsene, Kinder, Valerie Kratina.  
 Kleine Preise, Karten bei **F. Rios**,  
 Senar 21. und in der Dalcroze-Schule,  
 Hellerau.

**Weißer Hirsch, Dresden.**  
**Zugunsten des Roten Kreuzes**  
**Wohltätigkeits-Waldparkkonzert**  
 Sonnabend, den 8. Juli,  
 nachmittags 4 Uhr,  
 ausgeführt vom verstärkten **Kur-Orchester**  
 unter Mitwirkung des **Piston-Virtuoson Friedemann**  
 von der Staatsoper.  
 Eintritt 10 Mk. einschließlich Steuer.  
 Kinder unter 14 Jahren halbe Eintrittspreise.  
 Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert  
 im Saale des Parkhotels statt.

**SARRASANI**  
 Täglich 8 Uhr. Vorverkauf: Resid.-Kaufhaus.  
**1.-31. Juli: Kunst u. Sport.**  
 1. Ein unterwählter künstlerischer Teil.  
**Ringkämpfe**  
 Internationaler Wettstreit.  
 Heute ringen:  
 Kibler, Rheinland — Sell, Breslau  
 Schikl, Deutsch-Meister — Schulz, Nordd. Matr.  
 Gröbenstein, Schweiz — Buchheim, Weltmeister  
**Entscheidungskampf:**  
 Petrositsch, Rußl. — Roland, Europameistr., Dresd.

**ZOO**  
 Montage und Freitage: **Feieris-Konzert.**  
 Kaufmann-Konzert.  
 Mittwochs, Donnerstags und Sonntags:  
**8. Juli: Gr. Garten- und Saalfest**  
 zur Feier des **Roten Kreuz-Tages**  
**Kaufmann-Orchester**  
**Mandolinen-Orchester-Berein**  
 30 Musiker  
 ♦♦ Wieder zur **Gaule und Tänz** ♦♦  
**Kunst- und Reigenradfahren**  
**DE BALL.**

Nach Beschluß unserer heutigen Generalversammlung gelangt die  
**Dividende für 1921 auf unsere Aktien**  
 mit 24%, gleich **M. 144,—** für jede Aktie zu  
 nom. M. 600,—, M. 288,— für jede Aktie zu  
 nom. M. 1200,—, M. 240,— für jede Aktie zu  
 nom. M. 1000,— abzüglich 10% Kapitalertrags-  
 steuer zur Auszahlung, und zwar  
 in Berlin an unserer **Couponkasse**,  
 Kanonenjäger 29/30,  
 Dresden bei der **Deutschen Bank Filiale**  
 Dresden,  
 ferner bei den übrigen inländischen Filialen,  
 Zweigstellen und Depositionskassen unserer  
 Bank sowie bei den sonstigen Zahlstellen.  
 Die fälligen Gewinnanteilscheine Nr. 52 sind  
 auf der Rückseite mit dem **Firmenstempel** oder  
 dem Namen des Einzeliers zu versehen.  
 Berlin, den 6. Juli 1922.  
**Deutsche Bank.**  
 Mankewig. Heinemann.

**Zweitätiges**  
**Deutsches Volkstrachtenfest**  
**„Hornberger Schießen“**  
 auf dem Gelände, in den Sälen des **Ausstellungspalastes**  
 und in sämtlichen Räumen des **Vergnügungsparkes der**  
**Jahresschau Deutscher Arbeit Dresden**  
 am 19. und 20. August 1922.  
 Anforderungen von geschlossenen Räumen für landmann-  
 schaftliche Verbände möglichst bald bei der Jahresschau.

**BELVEDERE**  
 Oberer Saal  
**KLEINKUNST-BÜHNE**  
 Lore Wiegand  
 Gerty Paris  
 mit dankendem Händ. „Peternann“  
**Harry Harder-Stuart, Lotte Markow**  
**Takka-Takka und Yoga-Taro**  
**Hermann Funke jun. :: 3 Jansen**  
 Unterer Saal und Garten  
 4 Uhr Täglich 8 Uhr  
**Große Heinz ELBER-**  
**Orchesterkonzerte**  
 Sonn- und Festtags Frühkonzerte  
 von 11-1 Uhr  
**Hiesige, Münchner und Pilsener Biere**  
 vorzüglicher Güte  
**Weinterrasse :: Konditorei**  
 Gute Weine, Pa. Küche :: Pracht. Aussicht

**Kaltblut-**  
**Fohlen**  
 und Zuchtstutten jeden Alters, direkt aus Süddeutschland, vermittelt zu günstigen Bedingungen. Verkaufsvorstellung t. d. rhein.-bohg. Kaltblutpferd G.m.b.H., Düsseldorf-Ratingen, Tel. Ratingen 334, Tel.-Abt. Aalster Ratingen. (Hilfsbüro Berlin - Grunewald, Scharlauer Straße 15.)  
**Mittelstark. Arbeitspferd.**  
 Neugeb., mäßigbrüg. zu verkauf. **Schönborn Nr. 2**, bei Vengedrich.  
**2 Jahre, belgische Stuten,**  
 8 1/2, 170 groß, Koppe und Braune, mit Deckhorn, unter jeder Garantie preiswert zu verk. **Rich. Trautmann**, 44m Tägerhof 2. Tel. 28345.  
**Brillanten, Gold**  
 und Silberarbeiten nach C. Rucke, Filialbüro Nr. 13, Götterstraße 13.

**102 Schreib-**  
**Rackows**  
 Handelschule, Sillmarth 13, Busch u. Trip. Tel. 17137.  
 Von der **Allgemeinen Deutschen Credit-Kasse** in Dresden, dem **Chemischen Bankverein** Dresden, und der **Firma Albert Junge & Co.** Dresden, ist der Betrag gefälligst zu leisten.  
**nom. M. 13 300 000,—**  
 aus, auf den Inhaber lautende Stammaktien  
 der  
**Deutschen Werksstätten, Aktiengesellschaft**  
 in Köpenick-Berlin,  
 13 300 Stück über je M. 1000,—, Nr. 6701—20 000,  
 zum Handel und zur Wollg. an der Börse zu Dresden zugelassen.  
 Dresden, den 7. Juli 1922.  
 Die Zulassungsbelle bei der Börse zu Dresden.  
**Oscar Schleich,**  
 Notar, Berlin.

# DEUTSCHE BANK

Besitz.		Abschluß am 31. Dezember 1921.		Verbindlichkeiten.	
Bargeld, Guthaben, Einlagen und Guthaben bei Kreditinstituten	1 478 681 296 05	Grundvermögen	400 000 000,—		
Guthaben bei Banken und Sparkassen	3 963 343 811 72	Rücklagen			
Wohlfühl- und unrentierliche Sachanlagen	24 244 436 441 39	gejährig vorgeschriebene	312 471 324 43		
Verbindliche Deutsche Sachanlagen	33 470 020,—	freie	137 526 676 57	450 000 000,—	
Report- und Lombard-Guthaben gegen börsen- gängige Wertpapiere	301 791 954 64	Guthaben in laufender Rechnung	4 343 944 39	500 000 000,—	
Guthaben auf Waren und Warenverfahrungen	1 022 153 961 95	Berechnungen für eigene Rechnung			
Guthaben am Abschlußtag durch Waren- verfahrungen (Papier u. sonst.) 750 Millionen		teilens der Kunden bei Dritten benutzte Scheine	390 379 923 47		
Eigene Wertpapiere		Guthaben bei laufender Rechnung	1 535 953 493 71		
Reichsanleihe (124 345 211,—)		unterhalb 7 Tagen fällig	15 759 856 500,14		
Anleihen des Reichs und der Bundes- staaten	10 600 278 77	darüber hinaus bis zu	4 009 904 218,40		
sonstige bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere	14 932 967 57	3 Monaten fällig	3 154 403 589,06	25 021 186 306 20	
sonstige börsenmäßige Wertpapiere	71 647 425 21	unterhalb 7 Tagen fällig	10 089 286 983,91		
sonstige Wertpapiere	27 674 560 41	darüber hinaus bis zu	70 396 104,87	10 760 480 567 11	28 617 424 225 47
Kaufkraft an Gemeindefonds, Naturschutzfonds, Bauvereine, Beteiligungen bei anderen Banken und Instituten	113 684 952 88	3 Monaten fällig	560 974 378,33	10 760 480 567 11	28 617 424 225 47
Schulden in laufender Rechnung	159 836 806	längere Gültigkeit			
gebildet	6 071 988 840 27	unterhalb 7 Tagen fällig	10 089 286 983,91		
ungebildet	2 508 441 719 82	darüber hinaus bis zu	70 396 104,87		
insbesonder: Schuldner aus geleiheten Bürgschaften (124 Millionen)	6 679 630 560 01	nach 3 Monaten fällig	560 974 378,33	10 760 480 567 11	28 617 424 225 47
Besicherungen an das Reich und die Bundes- staaten für Rechnung der Bank übernommenen Bürgschaften	116 437 500	Störkriege			
Bausparbänken	35 693 184 11	(außer dem: geleihete Bürgschaften 1681 Millionen)			
sonstiger Grundbesitz	1—	für Rechnung des Reichs und der Reichsbank übernommene Verbindlichkeiten			
Beteiligungen	1—	Gewinnliche Verbindlichkeiten			
	40 139 339 913 50	Haarhobene Guthaben	2 301 450 69		
		Dr. Georg von Siemens-Tomb	10 999 937 82		
		Siemens-Guthaben	10 317 096 09		
		Rückstellungen für Anlagengüter	4 750 000,—		
		Übernommenen der eigenen Stellen unter einander	7 548 127 40	44 821 516 90	
		für Beteiligung verbliebender Mitglieder		292 107 549 75	
				116 437 500	
				13 935 870	
				329 898 735 01	
				134 540 030 42	1 159 037 000 79
					1 172 963 776 70
					1 172 963 776 70

\*) Durch die Kapitalerhöhung und die Aktien der Deutschen Petroleum Aktien-Gesellschaft im Mai 1922 erhöht sich das eigene Vermögen der Deutschen Bank (Kapital und Reserve) auf weit über zwei Milliarden Mark.

**Wollen Sie Kohlen und**  
**Verdruß im Hause sparen**  
 dann lassen Sie Ihre Wäsche von 15 kg an bei mir  
 waschen und nach Gewicht wie folgt berechnen:  
**Naßwäsche** gewaschen und ent-  
 wässert . . . . . 10,—  
**Trockenwäsche** gewaschen und  
 getrocknet . . . . . 12,—  
 Größe Schöpfung! Viererzeit 3-4 Tage. Bleichen weiß!  
 Meine Wege holen und bringen die Wäsche.  
 Sie können auf diese Weise Ihre Wäsche ohne fremde  
 Hilfe leicht berechnen und erproben die so lehren Hand-  
 arbeitshilfe. **Die Wäsche wird Sie überzeugen.**  
**Philipp Stille Dampfwascherei Edelweiß**  
 Dresden-R. 23  
 Fernsprecher 23687.

**Café**  
**Hülfer**  
 Konditorei  
 Prager Straße 48

**Residenz-Theater.**  
 1/8 Der dicke Engel.  
 1/8 Oprelle v. Winterberg  
 Genie Karol  
 Buchholz Karl  
 Herrliche Rolf  
 Engen Rolf  
 Riel Rolf  
 Rudi Brückner Rolf  
 Ende gegen 10 Uhr.  
**St. nachm. 11 Uhr**  
 abends: Der dicke Engel.

**Opernhaus.**  
 Bis mit 12. August geliehene  
**Schauspielhaus.**  
 Stoffspiel von Mitgliedern des  
 Wiener Durandebros:  
**Das**  
 1/8 Märchen vom Wolf.  
 Ein Spiel v. F. W. W. W.  
 Dr. Seelen Familien  
 Rilma Familien  
 Eysbo Familien  
 Grün Familien  
 Mikhal Familien  
 Jagen Familien  
 Ende gegen 11 1/2 Uhr.  
 St. Das Märchen v. Wolf.  
**Neustädter**  
**Schauspielhaus.**  
 1/28 Der edlere Heland.  
 Oper v. M. Oberleitner  
 Musikleiter: A. Kerschbamer.  
 Reutler Reutler  
 Sannas Sannas  
 Der Herrer Jakob  
 Der rote Klaus Jakob  
 Kibicis Orbnell  
 Ende gegen 11 1/2 Uhr.  
 Bühnenschaub. 2101-2100.  
 St. Der edlere Heland.

Bericht über redaktionellen  
 Teil: **Maria Gadow**  
 Dresden: für die Angelegen.  
**W. Reinhardt, Dresden:**  
 — Falls das Unternehmen der  
 Zeitung in die Hände von  
 Gadow in der Handlung des  
 (Stille) aber im Hinblick un-  
 möglich wird, hat der Be-  
 zieher keinen Anspruch auf  
 Wahrung oder Rück-  
 zahlung des Bezugspreises.  
 Das best. Blatt entb. 12 Seiten  
 einbl. d. in Dresden abende  
 vorher erschien. **Stille**